

Fonds zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala Bericht 2021

Seit 2015 unterstützt das Guatemala-Netz Zürich Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala. Der Fonds unter dem Namen «Solidarität – konkret» hat sich auch 2021 bewährt.

Die guatemalteckische Zivilgesellschaft ist 2021 noch weiter unter Druck geraten. Die Rechtsstaatlichkeit erodierte weiter. Unabhängige Richterinnen und Staatsanwälte wurden unter fadenscheinigen Gründen strafversetzt, entlassen oder strafverfolgt. Etliche sahen sich gezwungen das Land zu verlassen. Prominentestes Beispiel ist Juan Francisco Sandoval, der die Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straffreiheit (FECI) geleitet hatte. Nur Stunden nach seiner Entlassung am 23. Juli verliess er Guatemala. Zu seiner eigenen Sicherheit. Nach dem Rausschmiss der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) vor zwei Jahren, galten die FECI und das Verfassungsgericht als letzte Bastionen der Rechtsstaatlichkeit. Seit 2021 sind auch diese Institutionen in regierungstreuen Händen, was den Kampf gegen die Korruption so gut wie unmöglich macht.

Diese Verschlechterung bekommen auch die von uns unterstützten Organisationen und Einzelpersonen zu spüren. Der Handlungsspielraum für die Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala wird immer kleiner, Repression und politische Verfolgung nehmen zu.

2021 haben wir für den Fonds von Stiftungen, Körperschaften, Kirchengemeinden und Einzelpersonen 27'512 Franken erhalten und unterstützten in Guatemala neun Fälle mit insgesamt 44'135 Franken. Am 31. Dezember 2021 betrug der Saldo des Fonds 52'861 Franken.

Im Folgenden zeigen wir in aller Kürze, in welchen Situationen wir dank unserem Fonds Menschen, die gewaltlos für kollektive Rechte kämpfen, in einer besonders schwierigen Situation unterstützen konnten.¹

Kriminalisierte Menschenrechtsverteidiger*innen

Die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen hat in Guatemala System und bringt weitreichende Konsequenzen für die betroffenen Personen mit sich. Drohungen, Einschüchterungen und staatliche Repression sorgen dafür, dass die betroffenen Menschenrechtsverteidiger*innen Massnahmen ergreifen müssen, um ihr Leben und das ihrer Familienmitglieder zu schützen. Die Angehörigen der kriminalisierten Menschenrechtsverteidiger*innen sehen sich nicht zuletzt mit existenziellen finanziellen Problemen konfrontiert, weil Einkünfte wegfallen und zusätzliche Kosten, etwa für Gefängnisbesuche und Strafverteidigung, anfallen.

Im Berichtsjahr unterstützten wir zwei Familien in Baja Verapaz, bei denen Kriminalisierung und politische Verfolgung das schlimmstmögliche Ausmass angenommen haben: Ein Menschenrechts-

¹ In unserem Bericht verzichten wir auf die namentliche Nennung der Empfänger*innen von Mitteln aus unserem Fonds, um sie nicht zu gefährden. Sollten Sie Fragen haben, kontaktieren Sie uns bitte.

verteidiger, der sich gegen Wasserkraft- und Bergbauprojekte engagierte, wurde zum Verschwinden gebracht. Ein Mitstreiter, der sich für die Aufklärung des Falls einsetzte, wurde bald darauf ermordet. Als die Frauen der beiden Ermittlungen forderten, wurden sie und ihre Kinder zum Ziel von strafrechtlichen Vorwürfen und massiven Drohungen, und es zeichnete sich ab, dass sie nicht mehr in ihrer Gemeinde leben konnten. Unser Fonds beteiligte sich an den Kosten für ihre Umsiedlung.

Ein Menschen- und Landrechtsverteidiger, der sich rechtlich gegen die Zerstörung der Flüsse Cahabón und Oxec durch Wasserkraftprojekte zur Wehr setzte, wurde 2018 aufgrund konstruierter Anklagen zu sieben Jahren Haft verurteilt. Mit einem Beitrag aus dem Fonds konnten Nahrungsmittel und Medikamente für ihn und seine Familie finanziert werden. Zudem konnte seine Familie ihn im Gefängnis besuchen.

Der Kampf gegen rücksichtslose Grossprojekte

Im Konflikt um ein Flusskraftwerk in Ixquisis im Departement Huehuetenango geht der Staat mit aller Härte gegen kritische Stimmen vor. Jüngst wurde öffentlich, dass die Interamerikanische Entwicklungsbank sich aus dem Projekt zurückziehen will. Eine interne Untersuchung hatte gezeigt, dass sich die Entwicklungsbank nicht an ihre eigenen Richtlinien gehalten hatte. Einem Menschenrechtsverteidiger aus der Region, der die Anliegen seiner Gemeinde gegenüber dem Staat vertrat, liessen wir im Jahr 2021 unsere Unterstützung zukommen. Aufgrund seines Engagements gegen den Bau des Kraftwerks wurde er kriminalisiert und Opfer von physischen Angriffen. Mit Mitteln des Fonds konnten wir Massnahmen zu seiner Sicherheit mittragen.

Im Streit um die Nickelmine Fénix in der Umgebung von El Estor ist es im Jahr 2021 wieder zu gewaltsamen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung gekommen. Die Regierung Guatemalas verhängte den Ausnahmezustand über die Region und verhinderte so, dass sich die lokale Bevölkerung frei zum umstrittenen Bergbauprojekt äussern konnte. Die massive Mobilisierung von Polizei- und Militäreinheiten verunmöglichte die Durchführung einer Konsultation nach internationalen Standards, die das Verfassungsgericht im Vorjahr angeordnet hatte. 2021 unterstützte der Fonds mehrmals in Bedrängnis geratene Menschenrechtsverteidiger*innen in El Estor.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die unseren Fonds für Menschenrechtsverteidiger*innen im Jahr 2021 unterstützt haben.

Die Institutionen, die uns 2021 eine Spende zukommen liessen, erwähnen wir hier namentlich:

Bruderklauen-Stiftung Zürich
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Oberrieden
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Winterthur-Mattenbach
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Zürich KK 11
Römisch-katholische Pfarrei St. Antonius, Wallisellen
Stiftung Corymbo
Verein FDV Guatemala, Niederuzwil

Zürich, 2. Mai 2022